

Berufsbildungsbericht 2016

Ende April hat das Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2016 verabschiedet, der sich mit der Ausbildungssituation 2015 und den berufsbildungspolitischen Maßnahmen und Programmen auseinandersetzt. Der Bericht bestätigt den Trend der Vorjahre zu einer geringeren Anzahl an Ausbildungsverträgen bei gleichzeitig anhaltend hoher Neigung der Schulabsolventen/innen zur Aufnahme eines Studiums.

Anfänger/innen im Sektor Berufsausbildung

	2005	2006	2011	2012	2013	2014	2015
Sektor Berufsausbildung	739.168	751.562	741.023	726.560	716.042	700.516	694.198
davon							
Berufsausbildung im dualen System nach BBiG/HwO ¹⁾	517.342	531.471	523.577	505.523	491.380	481.136	480.674
Schulische Berufsausbildung an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	11.472	11.903	5.874	5.506	4.792	4.735	12.698
Schulische Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO nach Landesrecht	32.514	31.341	19.223	17.564	15.437	14.746	13.681
Schulische Berufsausbildung mit Erwerb einer HZB (doppelqualifizierend) ²⁾	29.177	31.495	24.379	24.234	24.292	24.145	13.140
Schulische Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen nach Bundes- oder Landesrecht	142.710	140.484	160.141	164.776	171.081	166.407	164.656
Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)	5.953	4.868	7.829	8.957	9.061	9.347	9.350

¹⁾ Inklusive vergleichbare Berufsausbildung (§ Abs. 2 Nr 3 BBiG/HwO)

²⁾ An Berufsfachschulen nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO) und Fachgymnasien

Quelle: Berufsbildungsbericht 2016

In den vergangenen Jahren ist durchaus ein Anstieg der Angebots-Nachfrage-Relation der Ausbildungsverhältnisse zu verzeichnen, was auf eine gewisse Entspannung aus Sicht der Bewerber/innen schließen lässt. Die rein zahlenmäßige Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage darf jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, dass die Qualität der Ausbildung gerade in den Branchen, die über Besetzungsprobleme klagen, besonders verbesserungsbedürftig ist. Nach Einschätzung der Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen fehlt insgesamt im Berufsbildungsbericht die Betrachtung der Qualität der Ausbil-

dungsverhältnisse statt auf „Matching-Probleme“ hinzuweisen – ein vergleichsweise junger Begriff für ein dem Grunde nach seit Beginn der Berufsbildungsberichterstattung in den 1970er Jahren bereits bestehendes altbekanntes Problem. Nach wie vor sehen die Bundesfachgruppen die Arbeitgeber gefordert, neben einer gehaltvollen Ausbildung auch klare Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven für Ausgebildete zu bieten.

Darüber hinaus sollte der Berufsbildungsbericht nicht nur die berufliche Qualifizierung der gut 480.000 Anfänger/innen im dualen System nähergehend betrachten, sondern auch die Ausbildung der über



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser
0331/ 964476
heinish-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen

Gudrun Biehl
06232/292099
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

160.000 neu Lernenden in den wachsenden Berufen des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens stärker analysieren.

Die Zahlen des Berufsbildungsberichts verdeutlichen aber auch die Notwendigkeit einer Ausbildungsgarantie: Die Zahl der Anfänger/innen im sogenannten „Übergangsbereich“ ist wieder gestiegen, zuletzt auf 270.000. Hier ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Für die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen ist dies genauso wenig hinzunehmen wie die Tatsache, dass mehr als 1,3 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren überhaupt keinen Berufsabschluss haben.

Hier der [Berufsbildungsbericht 2016](#).

UNESCO überarbeitet Empfehlung zur beruflichen Bildung

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) erfüllt u.a. die Aufgabe, die beiden Instrumente „Übereinkommen über die Berufliche Bildung“ (1989) sowie die „Überarbeitete Empfehlung zur Beruflichen Bildung“ zu kontrollieren und umzusetzen. Letztgenannte aus dem Jahr 2001 hat die UNESCO erneut überarbeitet und im April offiziell vorgestellt.

Mit der Überarbeitung reagiert die UNESCO auf die aktuellen Herausforderungen in der beruflichen Bildung durch die Globalisierung der Märkte, die demographischen Entwicklungen und die technologischen Innovationen. Aus dem allgemeinen Recht auf Bildung und Arbeit resultiert gemäß den UNESCO-

Grundsätzen die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen beruflichen Bildung. Diese trägt dazu bei, Respekt und Verständnis für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Inklusion, Gleichberechtigung und Diversität zu fördern. Berufliche Bildung unterstützt ferner lebenslanges Lernen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt somit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe verantwortungsbewusster Bürger, zu nachhaltiger Entwicklung und zur Erhaltung des Friedens bei.

Die überarbeiteten Empfehlungen sowie weitere Informationen finden Sie [hier](#) (Unesco) und [hier](#) (BIBB).

Die Bundesfachgruppen befürworten die von der UNESCO erklärte Notwendigkeit einer hochwertigen beruflichen Bildung. Sie verweisen aber auch auf die von den Vereinten Nationen beschlossenen 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs), deren viertes Ziel „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ den zentralen Stellenwert einer guten Bildung für alle verdeutlicht. Eines der sechs Bildungsunterziele fordert von den Mitgliedstaaten, bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich zu erhöhen, die über entsprechende Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit verfügen. Hier sehen die Bundesfachgruppen auch den Bund und die Länder gefordert, alles zu tun, um die SDGs zu erreichen.



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen**

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser
0331/ 964476
heinish-weiser@t-online.de

**Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen**

Gudrun Biehl
06232/292099
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net